

böhlau

Meinungsfreiheit –
Quo vadis?

**Jahrbuch
Menschenrechte
2012 | 2013**

böhlau

Meinungsfreiheit – Quo vadis?

Jahrbuch Menschenrechte 2012/2013

Herausgegeben von

Heiner Bielefeldt, Ulrike Davy, Volkmar Deile,
Stefanie Dörnhöfer, Christoph Gusy, Brigitte Hamm,
Franz-Josef Hutter und Hannes Tretter

in Zusammenarbeit mit

Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte (Wien)
Deutsche Sektion von Amnesty International
Institut für Entwicklung und Frieden (Duisburg)
Institut für Menschenrechte (Bielefeld)

Böhlau Verlag Wien · Köln · Weimar

Erstellt und gedruckt mit Unterstützung durch

Hermann und Marianne Straniak Stiftung (Salzburg)
Stiftung Menschenrechte – Förderstiftung Amnesty International (Berlin)



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-205-78914-7

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte,
insbesondere die der Übersetzung, des Nachdruckes, der Entnahme
von Abbildungen, der Funksendung, der Wiedergabe auf fotomechanischem
oder ähnlichem Wege und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen,
bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten.

© 2013 by Böhlau Verlag Ges. m. b. H. & Co. KG, Wien · Köln · Weimar
<http://www.boehrlau-verlag.com>

Umschlaggestaltung: Michael Haderer
Redaktion: Stefanie Dörnhöfer

Gedruckt auf umweltfreundlichem, chlor- und säurefrei gebleichtem Papier.

Druck: FINIDR s.r.o., Czech Republic

Inhalt

Editorial	9
Nachruf Dr. Franz-Josef Hutter	15
Preface	17
Vorwort	20

Meinungsfreiheit im Kontext

<i>Hannes Tretter</i> : Die Meinungsfreiheit im Kontext von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und widerstreitenden Interessen.	25
--	----

<i>Anton Pelinka</i> : Meinungsfreiheit und Revolution unter besonderer Berücksichtigung der arabischen Welt	40
--	----

<i>Carmen Thiele</i> : Meinungsäußerungsfreiheit versus Hassrede – Internationale Standards	50
---	----

<i>Katharina Pabel</i> : Die Standards des Europarates im Bereich der Meinungs-, Informations- und Medienfreiheit	65
---	----

<i>Roland Bless</i> : Die Medienfreiheitsarbeit der OSZE	77
--	----

<i>Tarik Tabbara</i> : Kommunikations- und Medienfreiheit in den USA	94
--	----

Gefahren und Chancen

<i>Christoph Gusy: Die Sprache der Ausgrenzung</i>	111
<i>Hannes Haas: Zwischen Public Value und Verlüderung – Macht und Verantwortung der Medien in einer demokratischen Gesellschaft</i>	126
<i>Nicole Lieger: Freie Teilhabe am geistigen Leben –: Die Free Culture-Bewegung</i>	141
<i>Heiner Bielefeldt: Umgang mit „Blasphemie“ und Religionshass.</i>	155
<i>Lukas Feiler: Soziale Medien – Die Demokratisierung der Vierten Gewalt.</i>	167
<i>Eva Jana Messerschmidt und Christian Möhlen: WikiLeaks – Investigative Medienarbeit und strukturelle Rechtsprobleme?.</i>	183
<i>Werner A. Meier und Pascal Zwicky: Media Governance – Ein Konzept zur Förderung der Meinungs- und Medienfreiheit?</i>	201
<i>Barbara Weichselbaum: Whistleblowing – Der Meinungsfreiheit vertrauen und sich trauen?</i>	213

Länderstudien

- Kristin Kupfer*: Macht welcher Meinungen? Chancen und Grenzen von Meinungs- und Medienfreiheit in der Volksrepublik China 231
- Gábor Halmai*: Abschaffung der Medienfreiheit in Ungarn? 244
- Gudrun Harrer*: „Das Volk hat das Regime gestürzt“ – Ägypten unter den Muslimbrüdern 256
- Rubina Möhring*: JournalistInnen in Iran – Geiseln des Systems 268

Aktuelle Menschenrechtspolitik

- Frank Höpfel und Madalena Pampalk*: Menschenrechtsschutz durch Internationale Strafgerichte – Ein Update 285
- Theodor Rathgeber*: Bewegung im Korsett – Der UN-Menschenrechtsrat in den Jahren 2011 und 2012. 299
- Gabriel N. Toggenburg*: Die Menschenrechtspolitik der Europäischen Union 321
- Gerhard Hesse*: Die Anwendung der EU-Grundrechtecharta im österreichischen Recht 337

Gregor Konzack: Mythos Kompetenzneutralität –
Der Beitritt der EU zur EMRK 351

Johanna Lober: Die Umsetzung des Fakultativprotokolls
zur UN-Konvention gegen Folter –
Erste institutionelle Trends in Europa 366

Karin Lukas: Soziale Rechte auf dem Prüfstand –
Der Kollektivbeschwerdemechanismus der
Europäischen Sozialcharta 389

Maike Drebes: Zur Umsetzung der UN-Leitprinzipien
für Wirtschaft und Menschenrechte 400

Silke Voß-Kyeck: Aktion? Plan? Ein kritischer
Kommentar zum Aktionsplan Menschenrechte der
deutschen Bundesregierung 2012–2014 411

Johannes Brandstätter: Wird da ein Menschenrechtsvertrag
diskriminiert? Deutsche Zustände beim Schutz vor
rassistischer Diskriminierung. 420

Anhang

Europäische Union: Freie und pluralistische Medien
als Rückhalt der europäischen Demokratie. 437

AutorInnen und HerausgeberInnen 449

„Das Volk hat das Regime gestürzt“ – Ägypten unter den Muslimbrüdern

Vorbemerkung: Dieser Beitrag wurde mit Stand September 2012 abgeschlossen. Der darin erwähnte Unmut über die „Ikhwanisierung“ – die Besetzung aller Lebensbereiche durch die Muslimbrüder – brachte im Frühsommer 2013 eine Volksbewegung zur Absetzung von Präsident *Mohammed Morsi* hervor, die vom ägyptischen Militär Anfang Juli vollzogen wurde. Die neue Führung verspricht die Rückkehr zur Demokratie: Unmittelbar nach dem neuen Umsturz wurde jedoch mit aller Härte gegen Medien vorgegangen, die den neuen Kurs nicht mittragen. Der Spieß wurde umgedreht, die Polarisierung bleibt.

Ein Artikel über die Mediensituation in den einzelnen Ländern des Arabischen Frühlings, die ihren *regime change* schon hinter sich haben, könnte eigentlich kurz und bündig so lauten:

„Mit dem Fall des Regimes von *X. Y.* schien auch die strenge staatliche Medienkontrolle zusammenzubrechen. Die Journalisten aller Sparten erlebten sich in einer noch nie dagewesenen Freiheit, neue – früher verbotene und jetzt wiederbelebte – Medien schossen wie Pilze aus dem Boden. Es wurde jedoch schnell klar, dass auch der neuen Obrigkeit die alten Mediengesetze zur Verfügung standen, mitsamt ihren diversen ‚Beleidigungsverboten‘ und jenen Paragraphen, die die Gefährdung der nationalen Sicherheit ahnden, die einen Journalisten sogar vor ein Militärgericht bringen können. Es gibt bis heute kein neues Mediengesetz und keine klaren Richtlinien dafür, was Verleumdung und Geschäftsschädigung ausmacht. Gespannt darf man auch darauf warten, was die neue Verfassung – an

der gerade geschrieben wird – über die Pressefreiheit aussagen wird, besonders da derzeit (Ende September 2012) der von einem amerikanischen Kopten gedrehte Anti-Muhammad-Film auch in diesen Ländern für eine neue Diskussion darüber sorgt, wie man mit dem Tatbestand der Blasphemie umgehen soll. Viele Journalisten haben Angst vor einer Islamisierung der Pressegesetze – andere wünschen diese. Was ebenfalls fehlt, sind jegliche ethische Regeln für Journalisten. In vielen meist von Westen finanzierten Konferenzen werden die Fragen von Freiheit und Verantwortung diskutiert. Aber nicht wenige davon spielen sich, despektierlich gesagt, in einem intellektuellen Kitschbereich ab, was zu in der Praxis nicht sehr nützlichen Paradigmen führt wie: ‚Unsere neuen Medien sollten den jungen Leuten, die die Revolution geführt haben und in ihr gestorben sind, treu bleiben.‘ (Siehe zB <<http://mediavision-libya.northwestern.edu>>, wobei konzediert werden muss, dass bei dieser ‚*Good Offices Conference*‘ immerhin auch Empfehlungen verabschiedet wurden.)“

Das gilt, wie gesagt, im Großen und Ganzen für alle drei Umsturzländer Tunesien, Ägypten und Libyen. (Jemen, wo lediglich der Präsident durch den Vizepräsidenten ersetzt wurde, ist wieder ein spezieller Fall: Dort ist der Regimewechsel quasi noch nicht abgeschlossen und die Diskussion, wie eine neue Ordnung in allen Bereichen auszusehen hat, erst in den Anfängen.) Aber natürlich gibt es auch zwischen diesen Ländern Unterschiede: Tunesien und Libyen hatten vor dem Umsturz staatliche Medien, die in ihrer Unfreiheit nur mit Nordkorea verglichen werden können – was aber nicht zwangsläufig bedeutet, dass etwa bei Unterhaltungsmedien (besonders in Tunesien) nicht Anschluss an die Außenwelt gefunden wurde. Es gab auch Zugang zu den neuen panarabischen Medien, insbesondere zu den TV-Kanälen. Letzteres gilt natürlich auch für Ägypten, das aber insofern anders ist, als es über die älteste und stärkste arabische journalistische Tradition

überhaupt verfügt und das alte System in den letzten Jahren des Regimes von *Hosni Mubarak* bereits aufgeweicht war.

Vorab sei daran erinnert, dass in all diesen Ländern – wie ja in allen postrevolutionären Systemen – die Lage weit komplexer ist, als der Blick von außen es wahrnehmen will. Der „westliche“ Blick auf die arabischen Revolten war und ist ein besonders vereinfachender, aber die Fronten verlaufen nun einmal nicht zwischen ethisch verantwortlichen und aufklärerischen Medien, die lediglich guten Journalismus im Sinn haben und der Gesellschaft qualitativ hochwertige Information liefern wollen, auf der einen Seite und der Obrigkeit, die zwar heute besser ist als die gestürzte, aber doch wieder gerne mit Maulkörben operiert, auf der anderen Seite – weshalb diverse „Freiheitsindizes“ Ägypten nicht viel besser, manchmal sogar schlechter bewerten als vor der Revolution. Nein, die Fronten verlaufen vielmehr auch in der Medienlandschaft selbst, manchmal sogar innerhalb einzelner Medien. Journalisten als Individuen nehmen an den Auseinandersetzungen, die die Transition mit sich bringt, genauso teil wie der Rest der Gesellschaft. Damit ist nicht nur gemeint, dass jene Journalisten, die den alten Regimen dienten, nur äußerliche Veränderungen durchmachten und im Grunde dem Wechsel gegenüber feindlich eingestellt bleiben; es gibt auch genug Konfliktpotenzial zwischen den neuen Kräften. Eine besonders bittere Lektion dafür war der Irak, wo die USA nach dem Sturz von *Saddam Hussein* im Jahr 2003 Millionen Dollar für den Aufbau neuer Medien ins Land pumpften, die dann später offensiv daran mitwirkten, das Land in den Bürgerkrieg zu treiben. Ein moderner *Warlord* hat heute nicht nur eine Miliz, er hat auch eine Zeitung und einen TV-Sender.

Um zu untermauern, was hier schon über die Tradition der ägyptischen Presse gesagt wurde: Die älteste Zeitung der arabischen Welt wurde 1828 in Ägypten gegründet. „*Al-Waqai‘ al-Masriya*“ („Die ägyptischen Angelegenheiten“) erschien zunächst zweisprachig arabisch-türkisch (beziehungsweise osma-

nisch). Nach einem langen Abstand folgte 1875 „*Al-Ahram*“ („Die Pyramiden“). Sie war auf viele Jahrzehnte hinaus die einflussreichste Zeitung der arabischen Welt und beeinflusste sogar die arabische Sprachentwicklung. Für die postrevolutionären Regime nach der ägyptischen Revolution 1952 war sie eine wichtige Säule des staatlichen Propaganda-Apparates, dies auch noch nach dem Aufkommen der audiovisuellen Medien: eine behäbige alte Dame, deren politische Unfreiheit und staatliche Abhängigkeit sie 2011, während der Revolution, einholen sollte. Während der ersten Tage wurden die Proteste in „*Al-Ahram*“ noch systematisch heruntergespielt und die Revolutionäre heruntergeschrieben und verunglimpft, bis es dann am 12. Februar 2011 in der jubelnden *Headline* hieß: „Das Volk hat das Regime gestürzt.“ In der Folge schwenkten staatliche Medien wie „*Al-Ahram*“ brav auf den von der Militärjunta von Feldmarschall *Mohammed Hussein Tantawi* vorgegebenen Kurs ein: Die patriotische Armee wolle nur das Beste fürs Volk, das sie vom bösen Tyrannen befreit habe. *Nathan Brown* vom *Carnegie Endowment for Peace* in Washington schrieb dazu 2011 in einer Analyse den schönen Satz über die Wende in den staatlichen Medien: „(...) *publications that had never known shame did not suddenly discover it.*“

Außer „*Al-Ahram*“ gehören auch noch die „*Gumhuriya*“ („Republik“) und „*Al-Akhbar*“ („Die Nachrichten“) zum großen staatlichen Medienapparat, deren Chefredakteure, wie *Brown* schreibt, als lange Arme des Präsidenten fungierten und durchaus ikonographisch tätig waren. Sie waren wichtige Leute mit großem Einfluss und großem Korruptionspotenzial; und sie waren auch über alle wirtschaftlichen und medialen Entwicklungen erhaben, die die Auflagezahlen oder zumindest die Verkaufszahlen in den vergangenen Jahren nach unten rasseln ließen. Genaue Informationen gibt es dazu natürlich nicht, aber diese Zeitungen, die Ägyptens jüngere Geschichte mitgeprägt haben,

sind nun, nach der Revolution, auch wirtschaftlich bedroht; ein Schicksal, das sie mit vielen Zeitungen der Welt teilen.

Ägypten, ehemals konzipiert als ein „böser“ Polizeistaat, war kulturell viel durchlässiger als Tunesien und Libyen, was selbstverständlich auch Auswirkungen auf die Medienszene hatte. Kritik am Regime und oppositionelle Slogans waren vor dem Umsturz 2011 seit Jahren Teil des öffentlichen Diskurses, wenn auch einer Elite. Die unabhängige Tageszeitung „*Al-Masry al-Youm*“ („Der Ägypter heute“) erschien 2004 zum ersten Mal und eroberte sich schnell einen Platz in der Medienlandschaft. Sie verdrängte „*Al-Ahram*“ von der Position der meistzitierten ägyptischen Tageszeitung, wozu natürlich auch die englische Online-Version, heute „*Egypt Independent*“, beitrug. In „*Al-Masry al-Youm*“ waren schon vor dem Umsturz regelmäßig dissidente Stimmen zu hören, wie die des auch weit über Ägypten hinaus berühmten Schriftstellers *Alaa al-Aswani*, der aus seiner Verachtung für das *Mubarak*-Regime kein Hehl machte. Eine andere unabhängige Gründung war die der Qualitätszeitung „*Al-Shurouq*“ („Der Sonnenaufgang“). Die früher als Wochenzeitung erscheinende „*Al-Dustour*“ („Die Verfassung“) erschien ab 2007 als Tageszeitung. Sie ist ein Beispiel für die dem *Mubarak*-Regime sehr unangenehmen Zeitungen – Chefredakteur *Ibrahim Eissa* wurde sogar zu einer Haftstrafe verurteilt –, die auch im „neuen Ägypten“ anecken: Dem heutigen Chefredakteur *Islam Afifi* drohen gleich mehrere Jahre Haft wegen Hetze gegen die Muslimbruderschaft. Er ist aber nicht der einzige Chefredakteur einer Zeitung, der sich vor Gericht verantworten muss; dies gilt etwa auch für die Chefredakteure von „*Sawt al-Umma*“ („Stimme der Umma“), *Abdel-Halim Qandil*, und von „*Al-Fagr*“ („Morgendämmerung“), *Adel Hamouda*.

NGOs und Institute wie etwa das *Freedom House* stellen der Pressefreiheit im postrevolutionären Ägypten kein gutes Zeugnis aus. Auch als Präsident *Mohammed Morsi* nach der Verhaf-

tung des oben erwähnten *Islam Afifi* Ende August eine Verordnung erließ, die die Untersuchungshaft für Journalisten verbot, änderten sich die Bewertungen kaum. *Freedom House* nannte die Intervention *Morsis* einen „Deckmantel“, der von einer breiteren Kampagne gegen die Presse- und Meinungsfreiheit in Ägypten ablenken sollte. Auch ein Bericht der *Egyptian Organisation for Human Rights* von Mitte August sieht ein Ansteigen der Fälle, in denen die Behörden gegen Medien oder Einzelpersonen, wie Blogger, vorgehen. Nach den Statistiken der NGO habe es seit dem Umsturz 212 Fälle von Verletzungen der Meinungsfreiheit und 109 Aktionen gegen Journalisten und Blogger gegeben. Der Bericht trägt den Titel „Intellektueller Terrorismus und die Rückkehr der Maulkorb-Politik“.

Die neuen Machthaber – zuerst der Militärrat, später der gewählte Präsident – können wie erwähnt bis dato auf die Mediengesetze aus der *Mubarak-Zeit* zurückgreifen und haben wenig Skrupel, sie auch anzuwenden. Der Militärrat setzte schon kurz nach der Revolution eine Warnung ab, dass sich die Medien zweimal überlegen sollten, die Armee zu kritisieren. Als die Militärs Ende März 2011 in einem Referendum einige wenige Verfassungsänderungen absegnen ließen, blieben die die Medien betreffenden Formulierungen unverändert. Artikel 13 garantiert Medienfreiheit – mit der Ausnahme des Falles der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit in Zeiten des Ausnahmezustands, mit dessen Aufhebung sich der Militärrat jedoch Zeit ließ. Im Mediengesetz selbst gibt es etliche Artikel, die eine Verfolgung eines Journalisten für seine Arbeit durch eine Verurteilung zu einer Haftstrafe möglich machen. So kriminalisiert etwa Artikel 179 negative Meinungsäußerungen über den Präsidenten, wobei praktischerweise sehr vage bleibt, was denn eine „Beleidigung“ überhaupt ist. Der Militärrat ging auch gegen ägyptische und internationale NGOs vor, die für mehr Bewusstsein für Medien- und Meinungsfreiheit in der ägyptischen Zivilgesellschaft eintraten. Die neue Verfassung ist nun in

Arbeit, sie soll nicht nur die Freiheiten betonen und garantieren, sondern auch die politisch gelenkte Lizenzierung von Medien abschaffen. Allerdings ist die vom islamistisch dominierten Parlament gewählte Versammlung, die die Verfassung schreibt, schwer umstritten. Der Auszug etlicher säkularer Mitglieder aus Protest gegen die islamistische Dominanz verheißt nichts Gutes.

Aber zurück zur postrevolutionären Geschichte: Eine Zäsur im öffentlichen Bewusstsein brachte das so genannte „Maspero Massaker“ im Oktober 2011, das auf groteske Weise vorführte, dass die staatlichen Medien von der Kontrolle *Mubaraks* direkt in die Kontrolle des Militärrats übergegangen waren. Bei hauptsächlich von Kopten getragenen Protesten in der Nähe der staatlichen TV-Anstalt, nach dem Viertel „Maspero“ (nach dem französischen Ägyptologen *Gaston Maspero* [1846–1916]) benannt, wurden mindestens 25 Menschen getötet. Das staatliche Fernsehen berichtete live, dass Christen die Armee attackiert und das Fernsehgebäude gestürmt hätten – während unabhängige Medien und Blogger gleichzeitig das Gegennarrativ lieferten, das den Gewaltausbruch der Armee gegen unbewaffnete Demonstranten zeigte. Es ist nicht so, dass sich nicht auch Journalisten staatlicher Medien gegen ihre Chefs wehrten – schon bald nach der Revolution kam es zu Demonstrationen, in denen die Ablöse der alten Führungsschichten verlangt wurde, Forderungen, die zum Teil erfüllt wurden. So wurde Fernsehchef *Abd al-Latif al-Menawy* in Pension geschickt, ebenso der Chef der Journalistengewerkschaft *Makram Mohammed Ahmed*. Aber der Prozess lief zäh – und zeigte auch die ideologischen Spaltungen unter Mittelbau-Journalisten in staatlichen Medien auf. Diese treten auch innerhalb von unabhängigen Medien zutage: So bekam die englische Ausgabe von „*Al-Masry al-Youm*“ einmal Probleme mit dem Chefredakteur der arabischen Ausgabe, *Magdy al-Galad*, der nicht mit der gegenüber dem Militärrat extrem kritischen Linie der auf englisch erscheinenden Artikel einverstanden war.

Die große Auseinandersetzung mit der Armee scheint aber – zumindest im Moment – der Vergangenheit anzugehören. Ägypten hat nunmehr, das erste Mal seit der Revolution 1952, einen zivilen Präsidenten und einen zivilen Vizepräsidenten. *Mohammed Morsi*, der den Kandidaten der Armee *Ahmed Shafiq* in Stichwahlen im Juni 2012 schlug, stammt aus dem Kader der Muslimbrüder, er hat nach dem Umsturz die neugegründete Muslimbrüderpartei „*Freiheit und Gerechtigkeit*“ geleitet. Mit seinem Amtsantritt gab er jedoch seine Mitgliedschaft ab, weil er nach seinen eigenen Worten der Präsident aller Ägypter sein wolle. Hatte der Militär rat kurz vor der Wahl noch mit Ergänzenden Verfassungserklärungen versucht, die Macht des Präsidenten stark einzuschränken, so nützte *Morsi* Mitte August die Sicherheitskrise auf dem Sinai, um gegen die – durch die Vorfälle desavouierten – Militärs vorzugehen. Militärratsvorsitzender *Mohammed Hussein Tantawi* und etliche andere hohe Generäle wurden mit allen Ehren in die Rente geschickt. *Morsi* hatte eine entscheidende Runde in einem harten Machtkampf für sich entschieden.

Diese Auseinandersetzung spiegelte sich auch in den Medien wider, die über die Ereignisse zunehmend polarisiert berichteten und kommentierten – pro-Militär oder pro-Zivilregierung. Letztere hat nun einmal das Gesicht eines Muslimbruders, und das ist ein großes Dilemma für die Demokraten, die die Herrschaft der Armee ablehnen und gleichzeitig die Islamisten fürchten. Es ist zu bedauern, dass die Berichterstattung von außen oft in ein Schwarz-Weiß-Schema verfällt: Die Skepsis des Westens gegenüber den Islamisten schlägt sich rasch in einer blinden Sympathie gegenüber jenen nieder, die sich in einem Konflikt mit *Morsi* und seiner Partei befinden. Das sind aber auch nicht immer „die Guten“. Nicht, dass hier Verstöße gegen die Pressefreiheit entschuldigt werden sollen; aber wenn man sich die Einzelfälle ansieht, muss zumindest bei einem Teil die Frage gestellt werden, ob nicht auch in einer funktionierenden Demokratie rechtliche

Schritte gegen die betreffenden Journalisten unternommen würden. Das Problem in Ägypten ist vielmehr, dass die Justiz auf der Basis von bestehenden Gesetzen aktiv wird, die per se inakzeptabel sind und schleunigst geändert werden müssen.

Der Fall des Chefredakteurs von „*Al-Dustour*“, *Islam Afifi*, wurde bereits angesprochen. Am 21. Juni 2012 veröffentlichte die Zeitung einen Artikel *Afifis*, in dem behauptet wurde, dass die Führung der Muslimbruderschaft, namentlich *Khairat al-Shater* und *Essam al-Erian*, ein „Massaker“ zur Destabilisierung Ägyptens planten, falls *Morsi* nicht die Wahlen gewinnen würde. Der Titel des Artikels lautete „Das Massaker des Jahrhunderts ... In Ägypten!“. *Afifi* hatte eine tägliche Kolumne, die aus einem wilden Gemisch aus Fakten und untergriffiger Fiktion über die Muslimbrüder bestand. Ein anderer Fall betraf den TV-Kanal „*Faraeen*“, in dem Anhänger des alten Regimes unter der Ägide des Moderators *Tawfik Okasha* agitierten. „*Faraeen*“ wurde geschlossen und *Okasha* wird angeklagt, zur Ermordung von Präsident *Morsi* aufgerufen zu haben. Wenn dieser Vorwurf stimmt, würde Derartiges auch in anderen Ländern nicht unter dem Titel der Medienfreiheit akzeptiert werden. *Okasha* war bereits während der Revolution für seine Verleumdungskampagnen gegen Sympathisanten der Revolution bekannt. Auch viele Journalisten, die gegen die Strafverfolgung von *Afifi* und *Okasha* auftreten, empfinden ihre Arbeit als im besten Fall unethisch und vor allem als höchst unprofessionell.

Aber es trifft eben auch Journalisten, denen niemand nachsagen könnte, dass sie „Mubarakisten“ sind, wie den schon erwähnten *Abdel-Halim Qandil* von „*Sawt al-Umma*“. Der *Mubarak*-Opponent wurde wegen seiner *Morsi*-Kritik von Anwälten der Muslimbrüderpartei geklagt. Islamistische Anwälte waren bereits in der *Mubarak*-Zeit klagefreudig, aber ihr jetziges Vorgehen hat ganz eindeutig den Geruch einer Einschüchterungskampagne. „Spontane“ Demonstrationen gegen Journalisten,

die die Muslimbrüder kritisieren, gehören ebenfalls zum Instrumentarium. Wenn Journalisten oder Autoren diese Mechanismen aufzeigen, bekommen sie schnell einmal Schwierigkeiten – oder werden erst gar nicht gedruckt: Das passierte etwa dem Schriftsteller *Yusuf al-Qaid*, dessen Artikel mit dem Titel „Kein Gehorsam“ von der Zeitung „*Al-Akhbar*“ nicht veröffentlicht wurde. *Qaid* hatte eine Demonstration von *Morsi*-Anhängern vor der „*Media Production City*“ kritisiert, in der säkulare Journalisten bedroht wurden. Auch ein Artikel der Kulturjournalistin *Abla al-Ruwainy*, die vor einer „Ikhwanisierung“ (Muslimbrüderisierung) Ägyptens warnte, durfte nicht erscheinen.

Gleichzeitig ist der Fall „*Al-Akhbar*“ ein gutes Beispiel für die manchmal auch innerhalb eines Mediums verlaufende Spaltung zwischen Journalisten. Während Chefredakteur *Mohammed Hassan al-Banna* nämlich ganz klar mit den Muslimbrüdern sympathisiert, scheint der Chef der Gastkommentarseite *Momen Khalifa* kritische Artikel mit besonderem Genuss zu platzieren. Aus Protest gegen die Linie seines Chefredakteurs ließ er eine der drei Kommentarseiten der Zeitung Mitte August blank erscheinen. Auch andere Medien schlossen sich der Aktion an. Der Kolumnist *Gamal Fahmy* schrieb in „*Al-Tabrir*“ („Die Befreiung“): „Diese Rubrik bleibt leer, um gegen das vererbte System zu protestieren, das mit Mubarak und seinem Sohn nicht verschwunden ist. Es scheint so, dass die Muslimbrüder, blind vor Arroganz, es wiederbeleben wollen. Dieser Protest richtet sich gegen ihre Kontrolle der Medien im öffentlichen Eigentum.“

Die Aktion war aber auch als Protest gegen andere Phänomene gedacht: etwa die kurz zuvor erfolgte Ernennung der Chefredakteure der staatlichen Medien durch die zweite Parlamentskammer, die *Shura*, die wie das (aufgelöste) Abgeordnetenhaus von Islamisten dominiert wird (die größte Gruppe ist die Freiheits- und Gerechtigkeitspartei der Muslimbrüder, die zweite die noch viel strengeren Salafisten). Erstens sind diese

Ernennungsprozesse völlig intransparent, zweitens ist aus der Auswahl ersichtlich, dass heute nur Chancen auf einen solchen Posten hat, wer der Muslimbruderschaft nahe steht oder zumindest keine Berührungängste mit Islamisten hat. Ein Beispiel dafür ist die Ernennung von *Magdy Afifi* (eine Namensgleichheit mit dem Chefredakteur von „*Al-Dustour*“) zum Chef der angesehenen Kulturwochenzeitung „*Akhbar al-Adab*“ („Literatur-Nachrichten“). *Magdy Afifi* ist nach Einschätzung von anderen Kulturjournalisten erstens als Journalist und Kulturkritiker ein *Nobody*, zweitens hatte er kurz vor seiner Ernennung mit einem islamistischen Scheich ein Interview gemacht, das als unprofessionell und anbiedernd kritisiert wurde.

Es ist eben das Gefühl, dass alles umgedreht werden soll, die bereits erwähnte „Ikhwanisierung“. Auch der Informationsminister – ein Posten, der nach Meinung der meisten Journalisten schlicht abgeschafft gehört – ist ein prominentes Mitglied der Muslimbruderschaft. *Salah Abdel Maksud* ist selbst Journalist und Gewerkschafter und eigentlich angesehen. Aber spätestens als *Morsi* ein paar Tage nach der Regierungsbildung auch noch ein neues „Medienkomitee“ ankündigte, das auch die privaten Medien „überwachen“ sollte, wurde das vielen Journalisten zu viel. In einer Radiosendung sagte *Morsi* zudem, Journalisten sollten Rechenschaft darüber ablegen müssen, warum sie so und nicht anders berichten. Das klingt – auch im Hinblick darauf, dass sich viele Islamisten mehr „Schutz“ für die Religion wünschen – wie eine gefährliche Drohung.

Die ideologischen Linie spaltet Islamisten und Säkulare, auch in der Journalistenschaft. Das gilt auch in höchstem Maß für die Journalistengewerkschaft, deren Lähmung die Lage der Journalisten zusätzlich verschlimmert. Gewerkschaftschef *Mamdub al-Waly* gilt als Muslimbruder-freundlich, während der größere Teil des zwölfköpfigen Vorstands säkular ist. Seit *Waly* die Ernennung der staatlichen Chefredakteure durch die Shura offizi-

ell unterstützt hat, ist Feuer am Dach der Gewerkschaft. Anfang September entstand aus einer verbalen Konfrontation zwischen *Waly* und einem Gewerkschafter sogar eine Schlägerei. *Waly* hatte verlangt, dass die Gewerkschaft die Zeitung „*Al-Dustour*“ und *Islam Afifi* Muslimbruderhetze verurteile. Dass dem die meisten Vorstandsmitglieder nicht zustimmten – *Walys* Antrag fiel durch –, wird von den Islamisten als geheime Sympathie mit dem untergegangenen *Mubarak*-Regime gedeutet. Die Islamisten feiern *Morsi* zudem als Helden der Pressefreiheit, weil er *Afifi* mit seinem Dekret aus der Untersuchungshaft befreite. Dass diesem dennoch nach wie vor bis zu drei Jahre Haft drohen, läuft bei ihnen wohl unter dem Titel der „göttlichen Gerechtigkeit“.

Dieser Beitrag wurde mit Stand September 2012 abgeschlossen.

Literaturhinweise

- N. Brown*, „Can the Colossus be salvaged? Egypt’s State-Owned Press in Post-Revolutionary environment“, *Carnegie Endowment for international peace* vom 22. 8. 2011, <<http://carnegieendowment.org/2011/08/22/can-colossus-be-salvaged-egypt-s-state-owned-press-in-post-revolutionary-environment/4uah>>;
- Freedom House*, Freedom of the Press 2012: Egypt (draft), <<http://www.freedomhouse.org/sites/default/files/Egypt%20draft.pdf>>;
- Alarming threats to press freedom prompt journalists’ backlash, *Al-Masry al-Youm* vom 2. 8. 2012, <<http://www.egyptindependent.com/news/Alarming-threats-press-freedom-prompt-journalists-backlash>>;
- Dünnhäutiger *Morsi* will Medien kontrollieren, *Der Standard* vom 13. 8. 2012, <<http://derstandard.at/1343744728777/Duennhaeutiger-Morsi-will-Medien-kontrollieren>>;
- New Press Law Enacted as Media Crackdown Continues, <<http://www.freedomhouse.org/Article/new-press-law-enacted-media-crackdown-continues>>;
- NGO releases report on freedom of expression violations, *Al-Masry al-Youm* vom 15. 8. 2012, <<http://www.egyptindependent.com/news/ngo-releases-report-freedom-expression-violations>>;
- Politics of new editor at Egypt’s prestigious Literature news worries journalists, *Al-Abram Online* vom 15. 8. 2012.



Hermann und Marianne Straniak Stiftung

Die Hermann und Marianne Straniak Stiftung wurde am 12. Dezember 1974 in Sarnen (Schweiz) durch Hermann Straniak (Salzburg) gegründet. Ihr Stiftungszweck umfasst im Wesentlichen:

- die Förderung der Verbindung des philosophischen Gedankengutes der asiatischen und der westlichen Welt mit dem Ziel, aus dieser Verbindung eine Synthese zu schaffen;
- die Förderung der Ziele und Gedanken, die in der Europäischen Menschenrechtskonvention niedergelegt sind, insbesondere der Freiheitsrechte der Menschen.

Schon seit einigen Jahren unterstützt die Stiftung die Herausgabe des Jahrbuchs Menschenrechte (<http://www.jahrbuch-menschenrechte.at>).

Website: <http://www.straniak-philosophiepreis.ch>

Kürzlich wurde die „Straniak Academy for Democracy and Human Rights“ in Budva/Montenegro in Kooperation mit dem Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte gegründet (Information: <http://bim.lbg.ac.at/>)

**LIEGEN IHNEN DIE MENSCHENRECHTE
AM HERZEN?**

**SUCHEN SIE NACH EINER MÖGLICHKEIT
IHR VERMÖGEN SINNVOLL ANZULEGEN?**

**MÖCHTEN SIE DIE ARBEIT VON
AMNESTY INTERNATIONAL LANGFRISTIG
UNTERSTÜTZEN?**

.....

Die Stiftung Menschenrechte – Förderstiftung Amnesty International gibt Ihnen die Möglichkeit dazu. Denn das Ziel der Stiftung ist es, die Einhaltung der Menschenrechte weltweit zu erreichen. Dabei unterstützt die Stiftung die Arbeit von Amnesty International ideell und finanziell. Projekte, die besonders gefordert werden, sind zum Beispiel Ermittlungen von Menschenrechtsverletzungen, Veröffentlichungen von Berichten darüber, Beobachtungen von Prozessen, Maßnahmen zur Menschenrechtsbildung sowie zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger/innen.

.....

Mehr Informationen auch zu steuerrechtlichen Fragen erhalten Sie hier:

Stiftung Menschenrechte – Förderstiftung Amnesty International
Herrn Andreas Mayer, Greifswalder Str. 4, 10406 Berlin
Tel.: 030 / 420248-604, Fax: 030 / 420248-630
E-Mail: andreas.mayer@stiftung-menschenrechte.de

www.stiftung-menschenrechte.de

Bank für Sozialwirtschaft Berlin (BLZ 10020500) Konto 3225000

**STIFTUNG
MENSCHENRECHTE**
Förderstiftung Amnesty International



Das Jahrbuch Menschenrechte wird in Zusammenarbeit mit folgenden Instituten herausgegeben:



Ludwig Boltzmann Institut
Menschenrechte

Website: <http://bim.lbg.ac.at>

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Website: <http://www.amnesty.de>

Institut für
Entwicklung
und Frieden



INEF

Website: <http://inef.uni-due.de>

Universität Bielefeld

Institut für Menschenrechte

Website: <http://www.jura.uni-bielefeld.de/forschung/institute/imr/>



HEINER BIELEFELDT,
VOLKMAR DEILE, BRIGITTE HAMM,
FRANZ-JOSEF HUTTER,
SABINE KURTENBACH,
HANNES TRETTER (HG.)
NOTHING TO HIDE –
NOTHING TO FEAR?
DATENSCHUTZ – TRANSPARENZ –
SOLIDARITÄT
JAHRBUCH MENSCHENRECHTE 2011

Unter dem Titel „Nothing to hide - nothing to fear? Datenschutz – Transparenz – Solidarität“ greift das Jahrbuch Menschenrechte 2011 ein höchst aktuelles und kontroverses Thema auf. Neue Ansätze, insbesondere hinsichtlich eines solidarischen Umgangs mit Daten, und Beiträge zu akuten Gefährdungslagen und gezielten Gegenmaßnahmen sowie ausgewählten Ländersituationen und aktuellen institutionellen Entwicklungen ergeben ein umfassendes Gesamtbild zum Thema Datenschutz.

2011. 430. S. BR. 135 X 210 MM.
ISBN 978-3-205-78668-9

Meinungs-, Informations- und Medienfreiheit sind Ausdruck gesellschaftlicher Vielfalt und Bedingung demokratischer Verhältnisse: Sie fördern den kritischen Diskurs und damit gesellschaftliche und politische Entwicklungen; gleichzeitig ist ihre Ausübung mit Macht und Verantwortung verbunden. Das Jahrbuch befasst sich mit Formen, Gefährdungen und Chancen der Meinungsfreiheit, der Situation in ausgewählten Staaten sowie mit Struktur und Verantwortung von Medien.

